

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM. — Gest- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: J. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Böhmum, Wiemelhauser Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 99. Telegr.-Adr.: Witterbaud Böhmum.

Kriegsgefangene im Bergbau

Wie der „Kölnischen Volkszeitung“ (Nr. 90 vom 31. Januar 1915) von ihrem sachmännlichen Mitarbeiter unterm 29. Januar 1915 geschrieben wird, hat „der Aufschwung auf fast allen gewerblichen Gebieten den Kohlenbedarf steigen lassen. Dieser Anstieg des Bedarfs stände aber das Kohlenyndikat heute machtlos gegenüber; denn die in ihm vereinigten Bechen seien in ihrer Gesamtheit infolge des immer größer werdenden Mangels an Bergleuten nicht leistungsfähig genug, um den Anprüchen, welche von allen Seiten an sie gestellt würden, zu genügen. Die dadurch hervorgerufene Kohlennot begänne bereits hier und da zu beunruhigen. Vor allen Dingen seien es die mit Aufträgen fürs Meer und die Flotte betrauten Fabriken, die auf Grund ihrer Lieferungen für den Krieg nun ihre vollen Mengen Kohlen zu erhalten wünschten. Einige dieser Verbraucher hätten bereits bei der Regierung wegen der unzulänglichen Bedienung durch die Bechen Klagen erhoben und beantragt, die vorhandenen Kohlenlager zu beschlagnahmen. Vorräte an Kohlen seien aber überhaupt nicht zu finden, Poks sei dagegen reichlich vorhanden. Das würde voraussichtlich auch für absehbare Zeit so bleiben.“ Dann heißt es weiter:

„Nun wird zwar von verschiedenen Seiten behauptet, der große Begehr nach Kohlen sei lediglich auf die am 1. April in Kraft tretende Preiserhöhung zurückzuführen. Dem muß jedoch entgegengetreten werden. Auch wir erkennen nicht, daß vor allem die Händler bestrebt sind, noch möglichst viele Kohlen vor dem Inkrafttreten der neuen Preise zu erlangen. Daß aber nach dem 1. April die Nachfrage um so stärker nachlassen werde, weil sich die Werke bis dahin genügend mit billigen Kohlen versorgt hätten, ist ausgeschlossen. Nach unseren Erkundigungen in maßgebenden Kreisen geht alles, was die Werke heute an Brennstoffen kaufen und erhalten, in den sofortigen Bedarf über. Sie sind daher auch nicht in der Lage, Vorräte anzuhäufen. Wie schon erwähnt wurde, konnte der starke Bedarf an Kohlen auch im Monat Januar bei weitem nicht immer befriedigt werden; denn der Mangel an Bergleuten hat infolge der weiteren Einberufung des Landsturmes noch zugenommen. Besonders wurden den Bechen viele Beamte und Aufsichtspersonen entzogen. Daher ist es schon zu Betriebsstörungen gekommen, welche die Leistungsfähigkeit der Bechen herabmindern und auf die Betriebsergebnisse nicht ohne Einfluß bleiben werden. Man hat sich nun immer mehr mit der Frage beschäftigt, ob man nicht aus der Zahl der Kriegsgefangenen die Lücken in den Belegschaften, wenigstens in etwa, ausfüllen könnte. Wie wir erfahren, schweben zurzeit Verhandlungen über die Erleichterung eines Gefangenenlagers auf dem Flugplatz Wanne. Man beabsichtigt, die dort unterzubringenden Gefangenen in Bergwerksbetrieben zu beschäftigen. Vorläufig soll aber nur eine Beschäftigung über Tage in Betracht gezogen werden. Der Bergbauverein hat bereits zur Feststellung der Zahl der in Wanne unterzubringenden Gefangenen durch Rundschreiben bei den Bechenverwaltungen anfragen lassen, ob und wieviel Gefangene sie über und gegebenenfalls auch unter Tage beschäftigen wollen. Darauf sind bereits einige günstige Antworten eingegangen. Zahlreiche Bechen wollen je 500 Gefangene und mehr über und unter Tage beschäftigen und im Falle der Bewährung der betr. Leute diese Zahl sogar noch verdoppeln.“

Alle Vorbereitungen zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen auch unter Tage sind danach schon getroffen. Die Arbeiter oder ihre Organisationen sind aber nicht gefragt, selbst nicht einmal verständigt worden. Es wird über sie hinweg einfach verfügt. Und doch sind die Arbeiter nicht nur Interessierte, sondern gegebenenfalls auch Leidtragende. Die Grubenbesitzer sehen nur ihr Kapital, das ersetzt werden kann, die Arbeiter ihr Leben aufs Spiel, was unerlässlich ist. Da wäre es nur recht und billig, wenn die Arbeiter auch gehört würden. Die organisierte Arbeitererschaft hat in der letzten schweren Zeit, trotz aller früheren Zurücksetzungen und Befolgungen, eine Opferbereitschaft gezeigt, die ihresgleichen sucht. Eine solche Behandlung muß darum doppelt niederdrückend und demütigend wirken. Unter diesen Umständen müssen wir aber auch jede Verantwortung ablehnen.

Die betriebstechnischen und sicherheitspolizeilichen Bedenken, die wir wiederholt gegen die Beschäftigung Kriegsgefangener unter Tage geltend gemacht haben, können nicht entkräftet werden. Aus der Beschäftigung Kriegsgefangener unter Tage entstehen große Gefahren für die übrige Belegschaft. Wir vertreten nicht, daß die Kohlen zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens und zur erfolgreichen Durchführung des Krieges unentbehrlich sind und daß darum die Aufgaben des Bergbaues unter allen Umständen sichergestellt werden müssen. Das geschieht aber nicht, wenn seine ohnehin großen Gefahren durch die Beschäftigung Kriegsgefangener noch vergrößert werden.

Nach der „Kölnischen Zeitung“ vom 24. Dezember 1914 sind während des Krieges 1870/71 französische Kriegsgefangene „nicht nur auf den Bechen in der Umgegend von Herne, sondern auch auf anderen Bechen beschäftigt worden. Die Militärbehörden haben damals den Gesuchen um Ueberweisung von Kriegsgefangenen bereitwilliges Entgegenkommen gezeigt. Die Erfahrungen, die man auf den Bechen mit diesen Arbeitskräften machte, waren allerdings verschieden. Während einige Bechen sich schon bald genötigt sahen, die Gefangenen wegen Insub-

ordination wieder abzuschließen, war man auf anderen Bechen mit ihren Leistungen und ihrer Führung durchaus zufrieden. Die Besorgnis, daß es zu Streitigkeiten zwischen den Gefangenen und den einheimischen Arbeitern kommen könne, stellte sich allerdings als unbegründet heraus.“ Wir bemerken dazu schon in Nr. 2 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 9. Januar 1915:

„Ob 1870/71 Kriegsgefangene im Bergbau beschäftigt, ob damit gute oder schlechte Erfahrungen gemacht wurden, kommt für die jetzigen Verhältnisse gar nicht in Betracht. Damals wurde der Bergbau meist nur in sehr geringer Tiefe betrieben, fast überall konnten noch offene Rampen in den Gruben benutzt werden, die Schlagweiter- und anderen Gefahren waren darum viel geringer wie heute. Mit der zunehmenden Tiefe der Gruben haben auch alle Gefahren zugenommen, der Betrieb ist komplizierter und schwieriger geworden. Die offene Lampe ist längst überall aus den Gruben verschwunden. 1870/71 betrug die durchschnittliche Belegschaftszahl pro Werk im Oberbergamtsbezirk Dortmund 284, 1913 2495. Das ist ein großer Unterschied. Ein Vergleich, wie ihn die „Köln. Zeitung“ macht, ist schon darum nicht mehr möglich.“

Wir können nicht untersuchen, ob die stärkere Nachfrage nach Kohlen auf die am 1. April 1915 in Kraft tretende Preiserhöhung zurückzuführen ist und ob sie nachher nachlassen wird, was sehr wahrscheinlich ist. Sicher ist jedenfalls, daß die Nachfrage jetzt nicht so stark wäre, wenn ab 1. April statt einer Preiserhöhung eine Preisermäßigung eintreten würde. Fest steht auch die Tatsache, daß die Beschäftigung Kriegsgefangener im Bergbau schon gefordert wurde, als allenthalben große Arbeitslosigkeit herrschte und von einer „Kohlennot“ nicht geredet werden konnte. Das verdient in diesem Zusammenhang besonders festgehalten zu werden.

Schon bald nach Kriegsbeginn empfahl ein Herr F. B. aus Gagen in einer Sprechsaalnotiz der „Mh.-Westf. Btg.“ (Nr. 942 vom 14. August 1914) die Beschäftigung Kriegsgefangener im Bergbau. Hiergegen wandten wir uns in Nr. 34 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 22. August. Wir wiesen dabei auf die Gefahren hin, die daraus für die übrige Belegschaft entstehen können, und betonten, daß genügend einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung ständen, die zunächst einmal eingestellt werden sollten. W. L. W. teilte hierauf mündlich mit, daß nirgends die Absicht bestände, Kriegsgefangene im Bergbau zu beschäftigen, „solange für die fragliche Beschäftigung einheimische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen“. Obwohl es dann auch in der Folgezeit an einheimischen Arbeitskräften nicht mangelte, trat doch ein anderes Unternehmerorgan, die „Industrie“, (Nr. 190 vom 23. September 1914) für die Beschäftigung Kriegsgefangener im Bergbau ein. Auch hiergegen wandten wir uns in Nr. 40 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 3. Oktober. Daß es der „Industrie“ wohl nur um billige Arbeiter zu tun war, ergab sich schon aus dem Satz: „Ganz unentgeltlich werden die Gefangenen nicht beschäftigt werden können.“ Endlich brachte die „Kölnische Zeitung“ vom 24. Dezember 1914 eine Zuschrift, worin ebenfalls die Beschäftigung von Kriegsgefangenen im Bergbau gefordert wurde mit der Begründung, daß bei 1870/71 auch ge-
 „Nachmals machten wir demgegenüber in Nr. 2 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 9. Januar 1915 unsere weitestgehenden Bedenken geltend. Unsere Bedenken fanden nicht die notwendige Beachtung, obwohl sie von den übrigen Bergarbeiterorganisationen und von allen erfahrenen Bergarbeitern geteilt werden.

Und noch eins: Was geschieht, wenn Kriegsgefangene im unterirdischen Betrieb schwere oder tödliche Unfälle erleiden? Erhalten sie oder ihre Angehörigen dann Unfallrente? Oder sollen sie ihrem Schicksal überlassen bleiben? Das ist eine sehr wichtige Frage, deren Beantwortung nicht zu umgehen ist, schon mit Rücksicht auf unsere Volksgenossen, die in feindliche Kriegsgefangenschaft geraten.

Wiederholt haben wir schon darauf hingewiesen, daß viele unserer Volksgenossen in feindlicher Kriegsgefangenschaft sind. Darunter befinden sich auch Bergleute. Wir wären sicher wenig erbannt, wenn sie den Gefahren des Bergbaues ausgesetzt würden. So hat z. B. Rußland Bergwerke in Sibirien, im Ural, Kasakus usw. Was würden wir sagen, wenn unsere Kriegsgefangenen Bergleute dorthin verschleppt und nach russischen Methoden ausgebeutet würden? Schon aus Rücksicht auf unsere Bergleute, die in feindlicher Kriegsgefangenschaft sind, sollte daher von der Beschäftigung Kriegsgefangener unter Tage abgesehen werden.

Wie uns berichtet wurde, sind auf einer Anzahl Bechen schon Kriegsgefangene über Tage beschäftigt. Dagegen läßt sich wenig einwenden. Aber viele Bechen treffen auch alle Vorbereitungen, um Kriegsgefangene unter Tage zu beschäftigen. So wird berichtet, daß auf Waaser Mulde 150 Kriegsgefangene Franzosen unter Tage beschäftigt werden sollen. Alle Vorbereitungen dazu sind schon getroffen, die Schichtzeit soll von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags dauern. Ähnlich wird jedenfalls auch auf den anderen Bechen verfahren. Obwohl unsere Bedenken bisher nicht die nötige Beachtung fanden, hielten wir es angeht, diese Vorgänge für notwendig, sie nochmals geltend zu machen. Die Verantwortung werden jetzt diejenigen zu tragen haben, die sich darüber hinwegsetzen.

„Bechenbeamte hielten stellenweise sogar Ansprachen, worin sie das Arbeiten an den beiden Weihnachtsfeiertagen und das Verfahren von Ueberwächtern als eine vaterländische Pflicht bezeichneten. Auf Centrum IV u. VI wurde Arbeitern, welche die Ueberwächtern nicht verfahren wollten, von einem Beamten gesagt: „Ihr kommt in die Schwarze Liste.“ Ein Weiersteiger auf Matthias Stinnes sagte einem Arbeiter: „Der Krieg kann die Bechnstundenpflicht bringen; der Kriegsminister hat das Recht, dieselbe einzuführen, wenn sich die Arbeiter weigern, die Sonn- und Feiertage zu arbeiten.“ Auf Neu-Jserlohn sagte der Fahrsteiger D. zu Arbeitern, die am dritten Weihnachtsfeiertage nicht gearbeitet hätten: „Wenn die Schichtliste eingeleitet wird, dann kommen alle diejenigen, die keine Ueberwächtern machen, in die Schützengräben.“ Der Betriebsführer J. von demselben Schacht sagte zu einem Arbeiter: „Die Militärbehörde müßte gegen diejenigen eingreifen, welche die Ueberwächtern nicht verfahren wollen.“ Weil ein großer Teil der Belegschaft von Wiendahlbank am 27. Dezember (Sonntags) nicht zur Arbeit erschien und auch sonst nicht allzu überstichtsfreudig ist, meinte der Steiger S.: „Wenn das so weiter geht, wird die Belegschaft einfach zu Ueberwächtern gezwungen.“ Wir sind nicht gegen jede Ueberarbeit und wissen auch, daß bei der durch den Krieg geschaffenen Lage es nicht immer möglich ist, Ueberwächtern zu vermeiden. Aber es muß alles seine Grenze haben. Einen derartigen Zwang halten wir nicht nur für unzulässig, sondern auch für verfehlt, schon weil die Ueberwächtern bei dem einen Arbeiter mehr, bei dem andern weniger erspönd wirken. Es kommt da ganz auf die Kraft und die Gesundheit des einzelnen an. Nun soll aber auf vielen Bechen jede Woche mindestens zweimal anderhalb Schicht verfahren und auch noch Sonntags gearbeitet werden. Wer selbst praktische Bergarbeit geleistet und Ueberwächtern verfahren hat, weiß, daß das auch der Stärkste nicht lange aushalten kann. Die Schwächeren können es erst recht nicht und darum muß der jetzt geübte Zwang besonders erbitternd wirken.“

Dazu erhielten wir folgende Berichtigungen:

I.
 „Unter dieser Ueberschrift heißt es in einem Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 3 vom 16. Januar) u. a.: „Auf Centrum IV und VI wurde Arbeitern, welche die Ueberwächtern nicht verfahren wollten, von einem Beamten gesagt: Ihr kommt in die Schwarze Liste.“ Die sämtlichen Beamten unserer Schachtanlage IV/VI erklären diese Mitteilung nach Form und Inhalt für unwahr. Rheinische Stahlwerke. Althoff, Walger.“

II.
 „In einem Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ (Nr. 3 vom 16. Januar) unter hiesiger Ueberschrift, der sich mit einem Aufruf der Feldzeugmeisterei bezw. des Kriegsministeriums zur Arbeit an den verfallenen Feiertagen befaßt, heißt es an einer Stelle: „Ein Weiersteiger auf Matthias Stinnes sagte einem Arbeiter: „Der Krieg kann die Bechnstundenpflicht bringen; der Kriegsminister hat das Recht, dieselbe einzuführen, wenn sich die Arbeiter weigern, die Sonn- und Feiertage zu arbeiten.“ — Nicht ist, daß nach den Berichten der Betriebsführer von Schacht III und III/IV unserer Werke Matthias Stinnes sämtliche Beamte es entschieden in Abrede stellen, die in dem Artikel veröffentlichte Neuerung getan zu haben. Achtungsvoll! Beche Matthias Stinnes. Die Direktion: Gold, Weisweiler.“

Unsere Gewährsmänner halten demgegenüber ihre Angaben aufrecht. Dafür sprechen auch die ganzen Verhältnisse. Die Steiger erhalten den Auftrag, die Arbeiter zum Verfahren von Ueberwächtern zu veranlassen. Allerdings wird ihnen nicht gesagt, daß sie in dieser Weise verfahren oder durch „sanften Druck“ nachhelfen sollen. Verfahren die Arbeiter aber keine oder nicht genug Ueberwächtern, fühlt sich der Steiger dafür verantwortlich. Daran ergibt sich alles andere von selbst. Alles Befreiten hilft darüber nicht hinweg. Wie es gemacht wird, zeigen folgende Bekanntmachungen:

„Zweck Abhilfe der bestehenden Kohlennot, namentlich aber zur Ermöglichung einer ausreichenden Kohlenversorgung für die Zwecke der Heeresverwaltung ist es notwendig, für die Ausfälle in der Förderung, welche durch die Feiertage und aus sonstigen Gründen entstehen, einen Ausgleich zu schaffen. Um einem dahingehenden Ersuchen der Feldzeugmeisterei bezw. des Kriegsministeriums zu entsprechen, ist deshalb das Einlegen von Ueber- und Nebenwächtern erforderlich und muß an Feiertagen, wenn eben möglich, gearbeitet werden. Es kommt in diesem Falle nicht das Interesse der Beche in Frage, sondern es ist hierfür in erster Linie die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens und eine ausreichende Kohlenversorgung für die Zwecke der Heeresverwaltung maßgebend, da diese für eine glückliche Durchführung des Krieges unbedingt nötig sind. Es wird deshalb von dem Pflichtgefühl und der Vaterlandsliebe unserer Bergarbeiter erwartet, daß namentlich auch im Hinblick auf ihre im Felde stehenden Kameraden, welche für die Verteidigung des Vaterlandes dauernd allen Unilden der Witterung ausgesetzt ihr Leben einsetzen müssen, sie auch ihrerseits durch vermehrte Tätigkeit zu der Möglichkeit beitragen, den Krieg bis zu einem glücklichen Ende durchzuführen zu können. Als Ersatz für die am Neujahrsfest ausfallende Schicht soll in der Nacht vom Samstag, den 2., auf Sonntag, den 3. Januar, eine Nebenwächterschicht verfahren werden.“

Beginn der Einfahrt 10 Uhr abends, Beginn der Ausfahrt 5 Uhr morgens,

Am 6. Januar (Dreifönigstag) wird wie an anderen Tagen gearbeitet. Am den katholischen Arbeitern zu ermöglichen, an diesem Tage dem Gottesdienste beizuwohnen, wird gemäß Rücksprache mit den hiesigen Pfarrern in den Kirchen zu Quer und Wechhausen des Morgens um 5 Uhr eine Messe gelesen und beginnt die Einfahrt des Morgens um 7 Uhr, die Ausfahrt nachm. 3 Uhr. Die Nachmittagschicht fährt um 3 Uhr an und um 11 1/2 Uhr aus. Von denjenigen Arbeitern, welche trotz der eben angegebenen Gründe glauben, davon absehen zu müssen, an den genannten Tagen zu arbeiten bezw. sich an dem Verfahren der eingulenden Ueber- und Nebenwächtern zu beteiligen, wird verlangt, daß sie sich tags vorher bei ihrem Steiger melden. Es ist dies erforderlich, um eine Ueberwächterschicht über alle von der Eisenbahnverwaltung anzufordernden Wagen zu haben. Hugo, den 31. Dezember 1914.

Der Betriebsführer. J. W.: Krause.“

Auf der Schachtanlage Viktor I u. II ist den Arbeitern durch die Beamten der Beche folgendes bekannt gegeben:
 „Wer kein Land hat, soll sich solches beschaffen, eventuell bekommt er solches von der Beche.
 Wer kein Vieh hat, soll sich ebenfalls solches anschaffen, das Futter würde von der Beche geliefert, ebenso wird Saatgut usw. von derselben geliefert.“

Lohnabzüge, Schichtverlängerung, Zwang zu Ueberwächtern.

Unser Verband hat auf 372 Werken eine Umfrage veranstaltet über Lohnkürzungen, Schichtverlängerungen, Ueber- und Feiertagsarbeiten in der Zeit vom 1. August bis 26. Oktober 1914. Von diesen 372 Werken haben 49 die Schichtzeit verlängert, 81 den Gehalt reduziert und 129 den Schichtlohn herabgesetzt. Durch diese Maßnahmen wird nur das Gegenteil von dem erreicht, was erreicht werden soll. Durch Lohnabzüge bei steigendem

der Verteuerung der Lebenshaltung wird die ausreichende Ernährung der Arbeiter unmöglich gemacht, so daß sich ihre Kräfte vorzeitig erschöpfen müssen. Durch Schichtverlängerungen und Ueberwächtern wird das Uebel dann noch verschlimmert. Wir wandten uns darum auch schon wiederholt entschieden gegen Lohnabzüge, Schichtverlängerung und den Zwang zu Ueberwächtern. In Nr. 3 der „Bergarbeiter-Ztg.“ vom 16. Januar 1915 wiesen wir darauf hin, daß sogar die Bekanntmachungen der Feldzeugmeisterei und des Kriegsministeriums, worin die Arbeiter der staatlichen Werke, die Waffen und Kriegsmaterial herstellen, aufgefordert wurden, die Weihnachtsfeiertage zu arbeiten, zur Kenntnis vieler Belegschaften gebracht wurden, um sie zu veranlassen, das gleiche zu tun. Weiter bemerkten wir:

Die Kolonietenwohner, die Ställe usw. haben und kein Vieh halten wollen, müssen die Wohnung räumen.

Diesemigen Wergarbeiter, die Schichten feiern, werden in ein besonderes Rapportbuch eingetragen, dem Wergarbeiterkommando gemeldet und zum Kriegsdienst abkommandiert.

Auf der Schichtanlage Friedrich der Große III u. IV wurde folgende Bekanntmachung erlassen:

„Alle für das Meer und Marine Liefernden Fabriken und Werke müssen jetzt alle Kräfte aufbieten, um den großen Anforderungen, die an sie gestellt werden, zu genügen.“

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

So wird gemacht, auf diesen Ton sind auch die Reden gestimmt, welche die Beamten den Arbeitern in der Grube halten.

Zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens und erfolgreicher Durchführung des Krieges sind Kohlen in ausreichenden Mengen unentbehrlich, das verkennen wir nicht.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Eine besondere Kriegssteuer

wird unausbleiblich sein. In Steuerobjekten großen Umfangs fehlt es nicht, wie leicht nachzuweisen ist.

1912/13: 4 811 151 Mark Ueberschuß,
1913/14: 7 400 047 Mark Ueberschuß.

Die Firma lieferte bis zum Kriegsbeginn auch viel Kriegsmaterial an das Ausland, dann nicht mehr, erhielt aber nun von der deutschen Heeres- und Marineverwaltung „so bedeutende Aufträge, daß der Ausfall (des Auslandsgeschäfts) ... reichlich aufgehoben wurde.“

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Kriegsunterstützung unehelicher Kinder.

Auf Mängel der Kriegsunterstützung der unehelichen Kinder weist Stadtrat Dr. Köhler-Leipzig im „Zentralblatt für Vormundschafsthesen“ hin.

Guter Rat für unsere Krieger.

Zur Lazarett liege ich nun schon seit drei Wochen. Da fällt mir plötzlich ein, daß ich den ins Feld abrückenden Kameraden schuldig bin.

Bei einem Besichtigungsgang, dem ich beimohnte, wurden mit Wasser prall gefüllte Schweinsbläsen an Pfähle aufgehängt und dann mit je einer Patrone angefüllt.

Der Urin in der gefüllten Harnblase, der von einer Kugel getroffen wird, hat natürlich die gleiche fürchterliche Wirkung und zertrümmert den ganzen Unterleib.

Das gleiche gilt für den Darm. Lieber mehrmals am Tage, als einmal zu wenig entleeren.

Die Kälte, besonders im Osten, ist ein arger Feind unserer Krieger.

Was hilft nun am besten gegen die Kälte? Noch mehr wollene Sachen anziehen!

Dann machen die Kameraden auch ganz überraschende Beobachtungen an sich und anderen.

Die Läden in den Ortschaften wurden meist gestürmt und der Zucker ausverkauft.

Dieses Bedürfnis nach Zucker, der sich leicht im Körper in Muskelkraft und in Wärme während des Marsches und in der Ruhe umsetzt, ist natürlich.

Bei uns bekam ein Bauer von seinen Lieben ein Briefchen mit Rum, wovon er sofort einen steifen Grog braute, und weil er ein gutmütiger Kamerad war, auch anderen gab.

Ein so leichtsinniges Wadweggehen wird oft mit dem Tode bestraft aber mit mehrjähriger Zuchthausstrafe gesühnt.

Wir sind ausgezeichnet ohne Alkohol ausgekommen.

Die Kälte, besonders Schneehitze, leiden am ehesten unter der Kälte.

Wir haben drei Paar Strümpfe nicht genügt und öfters bin ich nachts freiwillig auf Patrouille gezogen.

Wir sind ausgezeichnet ohne Alkohol ausgekommen.

dienste verbleibt. Die Bestimmungen des Militärhinterbliebenengesetzes gelten außer für Witwen, Eltern und Großeltern nur für die ehelichen und legitimer Kinder.

Ein neues Strafrecht nach dem Kriege?

Nachdem die „Deutsche Juristen-Zeitung“ kürzlich bereits die Hoffnung ausgesprochen hat, daß das neue Strafrecht, das von der Strafrechtskommission vor einiger Zeit abgeschlossen wurde, nach dem Kriege ein neues Gewand bekommen werde, öffnet sich auch die „Nordb. Wg. Ztg.“ einer ähnlichen Anregung des „Neuen Polit. Tagesdienstes“ die Spalten: Es sei zu erwägen, ob nicht durch den Krieg in unseren innerpolitischen Verhältnissen sich Wandlungen vollziehen werden, die für ein neues Strafrecht berücksichtigt werden müßten.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Förderleistungen im Bergbau während der Kriegszeit.

Angesichts der durchsichtigen Bemühungen gewisser Zeitungen, die Bergarbeiter als faumselige Arbeitsunlustige hinzustellen, deren passives Verhalten die Dedung des Kohlenbedarfs aus erschwere, sei an einem praktischen Beispiel gezeigt, wie sich die Förderleistungen der Bergarbeiter verhalten.

Die Bergarbeitergewerkschaft Erze I—III, G. a. m. n. i. W. e. s. s., der die beiden Bezirke Dabob und Walbur gehören, hatte 1913: 1 016 865, 1914: 980 898 Tonnen Kohlenförderung und 1913: 148 610, 1914: 226 650 Tonnen Kolserzeugung.

Table with 4 columns: Quarter, 1913, 1914, and another 1914. Rows 1-4 showing production data.

Der Bezirkerbericht sagt, die Förderleistung sei „im wesentlichen eine Folge des Krieges“. Die Arbeiterzahl belief sich im Juli 1914 auf 4874, am Jahreschluss nur noch auf 3199 Mann, also 1675 Mann Abgang.

Verrechnen wir nun die Belegschaftsziffer im Juli 1914 als Bestand aus für das zweite Quartal 1914, was ungefüßig zutreffend sein dürfte, und die Belegschaftsziffer am Jahreschluss als Bestand für das vierte Quartal 1914, so ergibt sich, daß auf pro Kopf der Belegschaft entfielen als (durchschnittliche) Förderleistung

im 2. Quartal rund 55 Tonnen,
im 4. Quartal rund 68 Tonnen.

Der aus der fehlenden Angabe der jeweiligen genauen Belegschaftsziffer resultierende Rechnungsschluss wird ausgeglichen durch die bedeutend höhere Kolserzeugung. Auf jeden Fall ergibt sich im vierten Quartal (drei Kriegsmoate) gegen das zweite Quartal (ohne Kriegsmoate) eine erhebliche Zunahme der Förderleistung pro Arbeiter.

Das Verbot der Kaliausfuhr

ist von der deutschen Reichsregierung im Interesse der Landesverteidigung ausgesprochen worden. Kali kann nämlich auch bei der Herstellung von Sprengstoffen Verwendung finden.

Die preußisch-kölnischen Bergwerke und Hütten

sollen im Etatsjahr 1915 (Voranschlag) einen erhöhten Ueberschuß ergeben. Es wird darüber mitgeteilt: Der Staatsvoranschlag schlägt im regelmäßigen Etat mit einer Gesamteinnahme von 364 248 250 Mf.

(i. B. 252 257 810). Die dauernden Ausgaben betragen 308 587 890 Mf. (801 150 790). Mitteln verbleibt ein Ueberschuß von 55 660 360 Mf. (51 107 030). Hier von gehen ab für Zinsen und Tilgungsbeträge 13 018 836 Mf. (9 842 205), so daß sich im Ordinarium ein Betriebsüberschuß von 41 742 024 Mf. (41 784 815) ergibt.

Aus den Unternehmerverbänden.

Zu den Differenzen im Kohlenyndikat

kann die „Königliche Volkszeitung“ (Nr. 04) aus der Bechenbesitzer-Versammlung vom 23. Januar 1915 mitteilen, es sei wegen der Sonderanträge der Firmen Krupp, Harpen, Elmnes und Rheinische Stahlwerke zu eingehenden Debatten über den Vertragsentwurf gekommen.

„Nach vollendeter Durchsicht des Vertragsentwurfs erklärte der Vorsitzende, daß dieser nunmehr unabänderlich gelten müsse, so daß man nur noch die Frage stellen könne, wer zu seiner Vollziehung bereit sei.“

„Nach vollendeter Durchsicht des Vertragsentwurfs erklärte der Vorsitzende, daß dieser nunmehr unabänderlich gelten müsse, so daß man nur noch die Frage stellen könne, wer zu seiner Vollziehung bereit sei.“

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Realismus und Utopismus in den Gewerkschaften.

Unter diesem Titel veröffentlicht der sozialdemokratische Schriftsteller Dr. Adolf Braun (Münster) in der „österreichischen Zeitschrift „Der Kampf“ einen Artikel, der sich mit dem, was in Gewerkschaftskreisen gehört und was nach Ansicht des Verfassers wahrscheinlich eintreten wird, beschäftigt.

„So merkwürdig diese Betrachtungen sein mögen — sie gelten nicht nur für Deutschland —, so sind sie eher verständlich bei Parlamentariern, Kurpolitikern und Journalisten, die durch die sich scheinbar täglich stark ändernde Umwelt manchmal auch durch eine Ueberschätzung des auf dem Boden des Parlaments und auf den Wegen des Verhandeln mit Ministern und Geheimräten Durchsetzbaren und Möglichen zu einer derartig höchst unpraktischen, aber ihnen sehr praktisch scheinenden Politik verführt werden.“

gegen die Kälte von unten und hindert gar nicht beim Marktieren. Von da an hatte ich bei stärkster Kälte warme Füße bei täglich zweimaligem Strohwechsel.

Der Spatenkrieg.

In der „Silke“ (Nr. 3 vom 21. Januar) gibt Heinrich Pittchen eine sehr anschauliche Schilderung des Schützengrabenkrieges, der wir entnehmen:

Der Spaten ist unsere wichtigste Schutzwaaffe im modernen Kriege. Mit seiner Hilfe vermögen wir unseren beiden Hauptfeinden, der Kälte (Kälte) und den großen Geschützen, erfolgreich zu bezwingen.

1. Mit dem Spaten kann man sich regen- und schrapnellsichere Unterstände bauen.

Anfänglich fielen unsere Wohnungen infolge der mangelhaften Ausrüstungen mit Schanzzeug und unserer Unkenntnis ganz miserabel aus. Wir sahen bald, daß Regenwetter einsteht, dermaßen im Schlamm, daß manch einer sich hinter irgend einen Baum hockte, um sich zu rufen, daß einige wachend die Nacht verbrachten, um nicht die Nase Herr über sich werden zu lassen.

Die Nase ist unter Umständen gefährlicher als die feindlichen Geschütze selbst. Unmerklich, unbewerblich bringt sie einem in die Knochen und läßt nicht locker, wenn sie einmal erfaßt hat.

Manch einer hockte trotzdem noch immer in seinem „Bau“. Hüpfeln und Nöckeln, Abgänge wegen Rheumatismus und Lungentrankeheiten waren die Folge.

Da entschlossen wir uns, auf den Bau unserer Unterstände mehr Sorgfalt zu verwenden.

Vor allen Dingen mußten wir mehr Schanzzeug herbeischaffen. Wir erhielten bei dem Verbandsplatze sowie im Lazarett zu M. so viele kurze Spaten, Weispiken usw., daß fortan beinahe jeder einen Spaten hatte, während zuerst drei Mann etwa auf einen Spaten kamen.

Unser General schickte die Radfahrerkompanie auch, nach langen Spaten zu fahnden und ließ in G. 6000 Stück bestellen.

Die Spaten, besonders Schneehitze, leiden am ehesten unter der Kälte. Wir haben drei Paar Strümpfe nicht genügt und öfters bin ich nachts freiwillig auf Patrouille gezogen.

Unser General schickte die Radfahrerkompanie auch, nach langen Spaten zu fahnden und ließ in G. 6000 Stück bestellen. Aus den leeren Spaten, die abends auf die Räderwagen der Kompanien verteilt und zu Tal gefahren wurden. Obendrein versorgten uns die Radfahrer mit Dackpappe, Nägeln, Knosfzangen, Sägen usw.

Wir bei einzelnen in den Gewerkschaften wirkenden Arbeitern zu beobachten haben. Wer sich an die zähen und nur wegen des unerbittlichen Objektes oft nicht immer ganz verständlichen Kämpfe gegen die harmlosebusteligen Hirschkinder-Gewerkschaften erinnert, der wird es schwer begreifen, daß es heute in der Gewerkschaft tätige Arbeiter gibt, die man politische Hirschkinder nennen könnte und die alles zurückdrängen suchen, was die Gegenfähigkeit gegen das Bürgertum und gegen den Kapitalismus zum Ausdruck bringen soll.

Der Gedanke, der den Klassenbewußten Arbeitern zur zweiten Natur geworden zu sein scheint, daß die Wirtschaftspolitik des Proletariats im Grundwiderspruch zu der der Kapitalisten steht, scheint aus vielen Köpfen weggeschwommen zu sein. Das ist um so merkwürdiger, als uns doch viele Tatsachen immer wieder von neuem belehren, daß nur unter der Wucht des Kriegesrechts diese Gegenfähigkeit zum zeitweiligen Schwelgen gebracht werden sollte, aber trotz Burgfriedens und Zensur doch immer wieder von dem scharf Beobachtenden zu erkennen ist. Aber gesetzt auch den Fall, daß alles für die Arbeiter in diesen Kriegsjahren so gut wäre, als es in so schweren Kriegsjahren überhaupt sein könnte, so muß doch in unserer Bewußtsein die so nahe liegende Erkenntnis übergehen, daß der Krieg, so gewaltig auch seine zerstörende Wirkung und die machtvollen Tatsachen sind, die er schafft, daß doch dieser Krieg nichts Dauerndes ist und sein kann, und daß doch an weit mehr anknüpfen sein wird nach dem Kriege, was zur Friedenszeit gewesen ist, als an das, wie es sich während des Krieges gestaltet hat. Was nach dem Kriege kommen wird, so dunkel es uns auch heute ist, wird sicherlich in weit höherem Maße an die ganzen Ergebnisse der kapitalistischen Entwicklung, wie sie sich im letzten Jahrhundert bis zum Juli 1914 abgespielt haben, anknüpfen, als an das, was dieser Krieg Neues schaffen kann und als Folgeerscheinung in seinem Schoße birgt.

Wir können nicht wissen, welche Modelle Dr. Braun zu dem von ihm entworfenen Wille benutzt hat. Gewerkschaftsführer, die die Arbeiterchaft in der großen Bergwerks- und Hüttenindustrie zu organisieren und hier mit den Unterebenen zu ringen haben, sind vor utopischen Selbsttäuschungen gründlich bewahrt. Das bezieht sich nicht einmal nur auf die freien Gewerkschaften. Wie empfehlen den etwa zweifelhafte das gelegentliche Studium des Organes des Hirschkinder-Gewerkschafts der Bergleute, worin auch alles andere nur keine utopische Hoffungsüberfülle zum Ausdruck kommt. Warum das so ist, dürfte unsere Verbandszeitung reichlich belegen, obgleich sie sich aus bekannten Gründen Reserven auferlegen muß. Unsere Verbandszeitung hat nie nach dem Ruhm, „redaktion“ zu sein, gegelzt; wenn sie trotzdem heute, ebenso unsere Verbandszeitung, den Kameraden immer wieder mahnen und warnen darf, aus dem gegenwärtigen „Burgfrieden“ keine falschen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen, sondern sich für die kommenden Wirtschaftskämpfe zu rüsten, dann ist das doch ein Beweis für unsere unerbändere rechte Auffassung dessen, was ist und kommt. Mögen auch die angeklüglichten innerpolitischen Reformen kommen, den natürlichen Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital haben sie nicht auf. Daran ergibt sich für den geschulten Gewerkschaftler alles übrige. Die notwendigen, und wenn die Arbeiter sich zünftig organisieren, sicher kommenden wirtschaftspolitischen Vorteile für die Arbeiterchaft werden aber zweifellos in Frage gestellt, wenn in einer zerstörenden Auseinandersetzung über die Vergangenheit die Kraft verstreut wird, die wir notwendig für die Zukunft brauchen. Erfolgt diese Kraftvergeubung, dann alleebings werden die Gegner der Arbeiterchaft triumphieren.

Gewerkschaftliche Zusammenarbeit.

Im Interesse einer geordneten Vorkriegszeitung haben sich in Berlin die Gewerkschaftskommission der freien Gewerkschaften, das Kartell der christlichen Gewerkschaften und der Verband der Gewerkschaften S.-D. mit einem gemeinsamen Aufrufe an die Bevölkerung gewandt. Auch stellen diese Organisationen Ordner, damit der Verkehr in den Bäckereien sich in Ordnung vollzieht. Dazu schreibt die rechtsnationalistische „Dortmunder Zeitung“ (Nr. 58 vom 1. Februar 1915):

„Drei Gewerkschaftsverbände verhängen Fährdung; Wenden mit dem Stempel des Magistralen Berlin... Wer hätte vor einem halben Jahre dies Sinnbild gemeinsamen Wirkens für möglich gehalten? Arbeiterbeamte und Behörden vereinigen sich im Zeichen des Kriegesbrottes. Das ist mehr als der Parteienfriede, der schließlich in der heutigen Form nur ein vorübergehender, durch die Not der Zeit erzwungener Zustand sein kann. Hier sind sachliche Beziehungen, die keiner feierlichen Friedensschlüsse bedürfen, durch keine gutgemeinte Deklamation zu entwerfen; und darum dauernd werden. Waffengemeinschaft und selbst Begeisterung sind zu verhängliche Grundlagen für eine Erfüllung des Kaiserwortes in kommenden Friedensstagen. Ihre politischen Grundanschauungen, das geistige Gebirge, in dem sie wurzeln, werden die Parteien nicht aufgeben, mag auch, wie wir hoffen, das allverbindende Vaterlandsbewußtsein Friedensfertigkeiten in allen Stufengraden verhüten. Dies aber werden alle gelernt haben: daß man aufeinander angewiesen ist; daß, auch wenn der Druck des Krieges von uns gewichen ist, noch weite Arbeitsgebiete bleiben, auf denen ein Zusammenwirken aller Kräfte etwas ohne Wortbruch und Selbstverständliches, weil notwendig, ist. Innen wie außen bringt nicht die Gefühlspolitik

Nun konnte die Arbeit in Angriff genommen werden. Wir bauten ein Musterhaus. So hoch oder besser so tief, daß man drin stehen, so breit, daß man drin liegen konnte. Mit Dachpappe gedeckt, bot es Schutz gegen die Unbilden der Witterung, mit 30 Zentimeter hoher Erdschicht beworfen, gegen Schrapnell und Granatsplitter. Eine dicke Strohschicht schützte gegen die Kälte und Nässe von unten. Auch die Wände mußten mit Stroh gepolstert werden, wenigstens eine Wand, um sich anlehnen zu können. Auf vorsichtig angelegten, nach hinten etwas abgeflachten Stufen muß man schnell und gedeckt in den Schützengraben bezug, das Revier der Kompanie kommen können. Eine Tür - Rahmen aus Nischen mit Dachpappe oder Zellbahn - schloß die Zugluft ab und gestattete das Anzünden von Kerzen, das Lesen und Rauchen.

Hat man keine Dachpappe, so nimmt man Meißig, Stroh, Laub und Erde, oder Bretter, Türen, Fensterläden usw. aus den verlassenen Wohnungen. Das Lochhaus kann einfacher, meinelwegen auch niedriger sein. Wenn man auf Grundwasser stößt, muß man selbstverständlich Schutz machen.

„Aber“, fragte mich mancher, „wie kann ich mich denn so häuslich einrichten, wenn ich bald vorwärts muß?“ Zur Beantwortung dieses Einwandes müssen wir unterscheiden zwischen Bewegungen- und Stellungskämpfen. Bei ersteren ist ein Einbuddeln nur in beschränktem Umfange zu denken. Meistens entwickeln sie sich nach ein paar Tagen zu richtigen Stellungskämpfen, bei denen um jeden Fußbreit Boden schwer gerungen wird. Die Zeit, in der die Kämpfe an ein und demselben Tage entschieden wurden, ist endgültig vorbei. Wochen- ja oft monatelang kann keine Entscheidung herbeigeführt werden. Ein Gewoge hin und her, ein Zueinanderberbissenheit der Gegner, das ist die Signatur des modernen Kampfes, besonders an der langen Schlachtfeldfront im Westen, die sich jetzt an das Meer anlehnt. Deshalb fallen wir uns bei unseren festen Unterständen einrichten, als seien sie für die Ewigkeit bestimmt.

Müssen wir wirklich unsere Zelte abbrechen, was schadet's, wenn wir etwas mehr Fleiß angewendet haben, als unbedingt erforderlich war? Wir nehmen mit auf den Schanzengewagen, was zu gebrauchen ist, und bauen das nächstemal noch besser als zuvor. Lebung macht den Meister. Es werden Nischen und Wölbungen eingebaut, am Tornier, Kuchgeschütz, Feldflaschen usw. aufzunehmen zu können. Es werden Stühle aus den leerstehenden Häusern geholt usw., so daß wir uns dort gemütlich fühlen können.

2. Mit dem Spaten kann durch Ansetzung von Lauf- und Schützengräben die Angriffslinie immer weiter vorgeschoben werden. Es ist dunkel geworden. Die feindlichen Batterien haben ihre letzten Abendgrüße herübergeschickt. Dann beginnt unsere Arbeit. Patrouillen tasten sich geräuschlos durchs Vorgelände und spähen aus, ob der Feind etwas merkt von unseren Vorhaben, und sichern uns gegen einen etwaigen Liebesfall. Pioniere folgen ihnen auf dem Fuße, prüfen den Boden und bestimmen den Platz, wo ein neuer Schützengraben mit Erfolg angegraben, ein neues „Dorf“ gegründet werden kann. Dann rücken wir heran mit unseren Spaten und wühlen uns hinein in die Erde, tiefer und immer tiefer. Einige hauen die Brustwehr. Andere stellen durch Bajonettschlingen die Verbindung mit den rückwärtigen gedeckten

die Bundesgenossen zusammen. Die Stimmung der großen Stunde mag den Anstoß geben; dann aber ist es nicht das Gefühl, das Aufgeben des Zusammenwirkens schafft; sondern die gemeinsame, sachliche Aufgabe, wie die Notwendigkeit des Augenblicks sie hervorbringt, schafft das Gefühl der Gemeinsamkeit über den sachlichen Ursprung hinaus. Der Zweck entsteht aus dem Mittel.

Die „Dortmunder Zeitung“ hebt hervor, daß sich keine der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen durch dieses Zusammenarbeiten etwas verbietet, und schreibt dann weiter:

„Erziehung zur Sachlichkeit: Das ist eine der großen Leistungen des Krieges. Auch vordem hat man schon hier und da sozialdemokratische Ordner ihres Amtes walten lassen; aber das Ganze glich doch ein wenig den Maßnahmen eines Waffentilgandes, während dessen man sich mit dem Gegner über gewisse Hilfsleistungen einigt. Weber sahen die Behörden in den Gewerkschaften, noch die Gewerkschaften in den Behörden Organisationen der Ordnung mit vielfach gleichen Zielen und sachlicher Daseinsnotwendigkeit. Jetzt heißt es, den eingeschränkten Brotverbrauchs der Massen zu gliedern, eine Arbeit, die nur mit äußerster Anspannung geleistet werden kann; und Staats-, Stadt- und Gewerkschaftsbehörden finden sich von selbst an der Arbeitstätte zusammen.

Ihnen wird klar, daß sie zum gemeinsamen Vorgehen eines Verzichts auf ihre politischen Gegensätze gar nicht bedürfen. Nicht eine Befehrsung ist es, sondern eine falsche Ehen fällt ab. Wer fragt, wenn ein Brand gelöscht werden soll, nach der Zuständigkeit? Ueberall heute müssen die Massen zusammengefaßt, Wirtschaftsbeziehungen geregelt, Zufälligkeiten geglättet werden. Wie sollte man die Organisationen nicht hernehmen, wo sie zu haben sind? Wir finden eine Gliederung des Volkes schon vor, eine fast militärisch straffe und leistungsfähige; mit irgendwelcher politischen Nachgiebigkeit von der einen oder anderen Seite hat das nichts zu tun.“

Wir freuen uns, daß die „Dortmunder Ztg.“ diese „gemeinsame Ordnungsbauarbeit“ - wie sie es nennt - so lebhaft begrüßt. Wir hoffen aber auch, daß sie die gleichen Töne finden wird, wenn in hoffentlich recht naher Zukunft die Gewerkschaftsorganisationen in erster Linie im Interesse der Arbeiterklasse sich zu gemeinsamer Arbeit verbinden. Bei solchen Gelegenheiten nahm das Blatt bisher eine andere Stellung ein; wir erinnern nur an die Lohnkämpfe im Zwickauergebiet. Und was die Behörden betrifft, so wäre dringend zu wünschen, daß sie die gewaltige Bedeutung der Arbeiterorganisationen nicht nur im Kriege schätzen, sondern sich auch später noch erinnern, wie bedeutungsvoll ihre Arbeit für das Volksganze ist.

Die preussischen Eisenbahner und der Krieg.

Von den der preussischen Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stehenden Bediensteten sind zum regulären Wehrdienst in der Front teils sogleich bei Beginn des Krieges eingezogen, teils nach Beendigung des Aufmarsches freigegeben etwa 95 000 Mann, die nimmehr im Felde stehen. Ferner sind zum Betriebe der Eisenbahnen in den besetzten Gebieten etwa 42 000 Mann abgegeben worden. Es sind hiermit zurzeit etwa 77 000 Mann dem heimischen Eisenbahnbetriebe entzogen. Berücksichtigt man, daß bereits seit November wieder ein „Friedensfahrplan“ in Kraft getreten ist, der den Verkehr in einem allgemeinen großen Umfang wiederhergestellt hat, und daß ferner sowohl der Personen- wie der Güterverkehr bereits einen hohen Prozentsatz der Friedensstärke wieder erreicht hat und zur Bewältigung desselben annehmbar das gleiche Personal wie im Frieden erforderlich ist, berücksichtigt man weiter, daß für die ständigen ungeheuren Militärtransporte an Truppen, Munition und Proviant eine verhältnismäßig große Menge an Personal nötig ist und der Eisenbahnbetrieb es mit sich bringt, daß nur geübtes Personal verwendet werden kann, so wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß es demwunderbar ist, wenn den großen, an die Eisenbahnverwaltung beständig herantretenden Anforderungen, die die des Friedens in mannigfacher Beziehung übersteigen, trotz Abgabe von 77 000 Mann im vollen Umfang Rechnung getragen werden kann. Aber nicht nur Preußen, sondern auch Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden usw. haben Eisenbahner abgeben müssen, erstreckt sich doch jetzt der Eisenbahnbetrieb von Lodz in Polen über Berlin nach Lille in Frankreich.

Internationale Rundschau.

„Die Hunnen des Kohlenhandels“.

Ueber die Ursachen der Differenzen zwischen den Arbeitern und Unternehmern im Dortmunder Kohlenbergbau verläutet nun, obgleich die Kohlenpreise kolossal gestiegen seien, die Werksbetreuer darum ein Bombengeschäft machen, weilerten sie sich doch, die früher vereinbarten Löhne zu zahlen, versuchten sie sogar zu brüden. Das Arbeiterblatt „Daily Citizen“ schreibt, seit Kriegsbeginn seien für 27 700 Bergleute die Löhne hinauf, aber für 175 000 herabgesetzt, und nennt die Grubenherren die „Hunnen des Kohlenhandels“. Sie verbieten nun die Zusammenkünfte, der Krieg habe den „wahren Charakter“ so mancher „Geschäftsleute“ derart enthüllt, daß es anständigen Leuten unmöglich sei davon zu reden. (Also wuchern auch in England die skrupellosen Kriegsgewinnmacher die Not der Armen aus.) Die Urabstimmung über: „Streik oder nicht?“ hat eine mehr

Der Gegner hört die Spatenstiche, er merkt, daß etwas im Werke ist, weiß aber nicht, was und wo. Er knallt ins Blaue hinein. Ans Zielen ist natürlich nicht zu denken bei dem Nebel und der Dunkelheit. Ueberstürzt und der Feind mit Salven oder Schnellfeuer, so nehmen wir Deckung. Sendet er nur einzelne Schüsse, so ignorieren wir sie völlig, da erfahrungsgemäß die aufs Geratewohl abgeseuerten Schüsse selten Treffer erzielen.

Natürlich wird mit Ablösung gearbeitet. Alle rückwärtigen Kompanien haben ein bestimmtes Kontingent zu stellen. Wie weit wir uns in dieser Weise vorkwagen dürfen, richtet sich nach dem Gelände und der Entfernung vom Feinde. Sind wir auf einige 100 Meter her, so dürfen wir uns nicht mehr über der Erde zeigen. Menschlich haben die langen Spaten die Erde heraus nach beiden Seiten des Laufgrabens. Immer mit Ablösung wird gewühlt, Tag und Nacht, soweit man schnell volle Deckung nehmen kann.

Ist man so in die nächste Linie des Feindes gelangt, 100, 60, 40 Meter nur noch entfernt, so muß ein überraschender Angriff das Werk krönen, die feindliche Stellung zum Räumen zu bringen.

Reife, ganz geräuschlos erheben sich im Morgennebel oder im Dunkel der Nacht die schweigenden Männer des Spaten aus dem Schoße der Erde, der schließend. Jeder hat zwei Handgranaten und schleudert sie, sobald der Feind Lunte riecht, auf die gegnerische Stellung.

Ein Höllenspektakel erhebt sich. Der Gegner wird aus dem Schlaf gefahren. Er eilt an die Brustwehr. Er feuert ein paar Schüsse ab, trifft aber nicht viel, da um ihn die Erde tobt, da sich Staffel über Staffel aus dem vordersten Schützengraben erhebt und den kurzen Siegeslauf unternimmt.

Bis zum ersten Schützengraben gibt es noch gar keine Verluste, da durch die Laufgräben Zug um Zug Kompanie auf Kompanie automatisch nach vorn gezogen werden, ganz gedeckt.

Vor allen Dingen wird durch diesen „Unterlandskrieg“ das feindliche Schrapnellfeuer ausgeschaltet. Ehe die Batterien gemerkt haben, wo der Angriff stattfindet, ist das Werk vollendet. Schlimmstenfalls können sie unsere rückwärtigen Lauf- und Schützengräben betretchen, und damit können sie uns keinen Schaden tun, wenn wir gut geschützt haben.

Den Raum zwischen den beiden äußersten Schützengräben dürfen sie nur mit Vorsicht unter Feuer nehmen, da die Schrapnells bis 100 Meter streuen und somit Freund und Feind leicht getroffen werden könnte. Hin und wieder haben sich die Feinde, namentlich die Engländer, demnach fest eingeschanzt, daß selbst die kurze Spanne von 50 Meter nur unter großen Opfern zu nehmen sein würde. Sie haben ihre Stellungen mit Stahlplatte gedeckt, Drahtgittere mit Starstromleitung hergerichtet und sind derartig verbarrikadiert, daß nur durch Ströme Blutes die Hindernisse hinweggeschwemmt werden können.

Dann muß zum richtigen Stellungskrieg übergegangen werden. Der moderne Krieg erfordert einen unendlichen Aufwand an Fleiß und Ausdauer. Jeder Infanterist muß zum Pionier werden, soweit es sich um Feldbefestigungen handelt. Des Nachts wird gearbeitet, des Tages geruht.

Der Spaten siegt über die Granaten. Er ist der Schlüssel, der uns die feindlichen Stellungen öffnet. Durch die Spatenarbeit erhalten wir uns gesund, körperlich frisch und geistig regsam. Wir müssen zwar viel Schwitz brotgeben, aber desto weniger Mut braucht zu fließen.

als Dreiviertelmehrheit für den Streik ergeben, worauf die Kündigung eingeleitet worden ist. Ob es zum Ausstand kommt, ist zurzeit noch ungewiß. Wir glauben immer noch, daß die Regierung mit Erfolg vermitteln wird.

Unser Artikel: „Etwas über die Engländer“ in der Nummer vom 21. November 1914 der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist in seinen wichtigsten Teilen wörtlich in der Weihnachtsnummer des „Labour Leader“, dem englischen Arbeiterblatt, welches sich an entscheidenden gegen die Völkerverhetzung wendet, abgedruckt worden. Der Abdruck ist mit sympathischen Einleitungs- und Nachworten versehen, die in kameradschaftlicher Weise über die deutschen Arbeiter urteilen.

Die Union der Bergarbeiter Oesterreichs

hat natürlich unter den Kriegsjahren auch schwer zu leiden. Am Schlusse des Berichtsjahres 1914 zählte die Union in 193 Ortsgruppen 6020 Mitglieder gegen 4 077 Mitglieder im Vorjahre. Neu aufgenommen wurden 3371 Mitglieder, hiervon 8000 vor und 275 während des Krieges. Bis Ende Juni betrug der Zuwachs 534 Mitglieder. Die Union war also in diesem Jahre daran, einen schönen Fortschritt zu erzielen. Zum Militärbedienst wurden 3481 Mitglieder eingezogen, das sind 23,40 Prozent des Mitgliederstandes am Ende Juni. Uebertragt man die Verhältnisgröße auf alle beim eigentlichen Bergwerkbetrieb Beschäftigten, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß über 23 000 Bergarbeiter eingezogen sind. Dabei ist indes noch zu beachten, daß mit Rücksicht auf die Kohlenversorgung viele Tausende von der Kriegspflicht befreit wurden. Nach der Mobilisierung, zunächst in den Ortsgruppen und schließlich eine große Verwirrung, zunächst durch die plötzlich entstandenen Lücken und ferner dadurch, weil die Wucht der betriebswichtigen Ereignisse alles niederbrückte. Es verging angehängt dieser Ereignisse einige Zeit, bevor es wieder gelang, die Fortführung der Organisationsangelegenheiten zu sichern. Bei alledem verdient aber bemerkt zu werden, daß manche Ortsgruppen infolge des Krieges nicht an Mitgliedern verloren, sondern sogar noch die infolge der Einrückung erlittenen Verluste durch Neuaufnahmen teilweise auszugleichen haben. Ende Dezember 1914 hat die Union gegen 1913 um 6037 Mitglieder weniger. Nach Abzug der 3431 Eingezogenen beträgt der Verlust 1626 Mitglieder. Die Auflage der Fachblätter (deutsch, polnisch und tschechisch) betrug am Schlusse des Jahres 7550 Exemplare. Nach Ausbruch des Krieges wurde der Umfang der genannten Fachblätter von acht auf vier Seiten vermindert. Das slowenische Fachblatt „Nudar“, welches in Laibach erscheint, wurde bei Eintritt der Kriegsergebnisse heftig eingezittelt. Hierauf wurde einige Wochen später ein neues slowenisches Fachblatt unter einem anderen Titel herausgegeben, von dem aber nur drei Nummern erschienen konnten, weil neuerlich dessen Einstellung behördlich verfügt wurde. Die vorläufigen Ergebnisse über die Kassengelage, deren Verchiebung bei endgültiger Feststellung nur unbedeutend sein kann, stellen sich wie folgt: Gesamteinnahmen 200 629,20 Kronen, Gesamtausgaben 220 237,82 Kronen. Hieron wurden ausgegeben: für Krankenunterstützung 33 515,16 Kr., für Arbeitslosenunterstützung 12 095,63 Kr., für Reiseunterstützung 742,70 Kr., für Sterbefallunterstützung 10 985 Kr., für Medizinschulung 9796,15 Kr. und für alle anderen Ausgaben 153 123,10 Kr.; danach übersteigen die Einnahmen um 19 698,58 Kr. Die Ausgaben für Krankenunterstützung sind gegen das Jahr 1913 nur wenig gestiegen, hingegen wurden für Arbeitslosenunterstützung 7150,70 Kr. mehr ausgegeben.

Die Arbeitslosigkeit in Holland.

Die holländische Gewerkschaftskommission hat seit Kriegsbeginn monatlich eine Arbeitslosenstatistik aufgenommen. Das bisherige Ergebnis geht aus folgenden Zahlen hervor:

	Zahl der Organisationsmitglieder	Anzahl der Arbeitslosen völlig	Anzahl der Arbeitslosen teilweise
1914 - 1. September	87 678	10 287	11 843
1914 - 1. Oktober	87 695	17 947	11 914
1914 - 1. November	87 626	16 392	8 816
1914 - 1. Dezember	87 306	16 078	7 686
1915 - 1. Januar	86 899	15 961	6 794

Auch in Holland ist demnach die Zahl der Arbeitslosen bisher andauernd zurückgegangen. Was die Zukunft bringt, wer weiß es?

Wie der Kriegsaufbruch in Rußland wirkte.

Das erzählt Friß Nummer, der sich zur Zeit des Kriegsausbruchs in Petersburg befand, in der „Metallarbeiter-Zeitung“. Nummer ist seit vielen Jahren Mitglied der Sozialdemokratie und des deutschen Metallarbeiterverbandes, dessen engerem Vorstand er auch angehörte, also ein Mann, der reiche Erfahrungen in der Arbeiterbewegung hinter sich hat. Er schreibt, nicht nur dem Kriege seien große Massen der Petersburger Fabrikarbeiter in einem Ausstand begriffen gewesen, der in der üblichen gewalttätigen Weise militärisch niedergeworfen werden sollte. Es kam auch schon zu Straßenkämpfen und zum Barrikadenbau. Da brach der Krieg mit Deutschland aus. Wie sich dann die eben noch rebellierenden Petersburger Arbeiter behielten, das schildert Nummer aus eigener Anschauung wie folgt:

„Nach während sich in den Vorstädten Arbeiter und Militäre Schärme bildeten, setzten im Stadtinnern die Kundgebungen und Uff für den Krieg ein. Anfänglich bestand, wie ich mich allabendlich überzeugen konnte, der Kern des nach Krieg schreienden Hauses aus Studenten, Kaufleuten und bergleichen, die Schale aus Wallonischen, Polen und Gassenjungen. Doch das änderte sich schnell. Der für den 28. Juli beschlossene Generalkongress der Wälder (wegen wirtschaftlicher Forderungen: 38stündige Arbeitsruhe usw.) brach nicht aus wegen „der gepannten internationalen Lage“ und Verhängung des kleinen Belagerungszustandes (außerordentlicher Schutzzustand). Am Abend des 28. Juli marschierten Arbeiterhaufen, die nach ihrer Kleidung zu urteilen, zur gutbezahlten Fabrikarbeiterchaft gehörten, durch die Sadovajastraße und den Liteni Prospekt nach dem Newski, wo sie sich dem vor der Redaktion der „Weschnaja Wremja“ harrenden Menschenhaufen angeschlossen und nach der Kasanschen Kathedrale zogen. Uebergeköpft dieser Umzug, denn es war der ewig „echt russische Art“, den ich sah: Hinter einem Wille des Baerens lag die vieltausendköpfige Menge den Newski hinauf. Unter ihr Offiziere sowie hochsein gekleidete Herren als Begleiter und Führer. Sie sang religiöse Lieder - Gott errette die Deinen! - Hoch Godruf auf den Zaren und die Verbündeten sowie Vermünschungen gegen Deutschland und Oesterreich aus. Die schreienden Menschen fielen nieder auf die Knie, beugten dumpf, bekreuzten sich im Erheben, schrien wie besessen: Nieder mit den Wurmthürmern (Deutschen)! Das ging so bis Mitternacht. Die deutschfeindliche Stimmung ist dann die folgenden Tage durch Bedrohung, Häuserzerstörung, Plünderung und Totschlag ausgiebig betätigt worden.

Zu den „patriotischen“ Umzügen im Stadtinnern stellten die Arbeiter nur einen wenn auch großen Teil, die der Fabrikviertel jedoch, jedenfalls die, die allabendlich durch meine Straße heulten, setzten sich vollständig aus Arbeiter zusammen. Kurz nach der Kriegserklärung brachten die Zeitungen Mitteilungen wie die folgende: „Die Stimmung der Arbeiter ist gehoben, Telegramme und Zeitungen werden von ihnen in Massen gekauft. Die meisten Arbeiter, die deutsche Untertanen sind, sind auf Verlangen der Arbeiter entlassen worden. Im Putilowwerk sind alle deutschen und österreichischen Arbeiter und Meister entlassen...“ Diese Nachrichten sprachen von metallindustriellen Werken, also von Betrieben, wo der fortgeschrittenste Teil der Industriearbeiter Rußlands ist. In den der Kriegserklärung folgenden Tagen kamen immer größere Mengen Deutscher und Oesterreicher auf die amerikanische Volkshaus zu Petersburg, um - leider immer vergeblich - Rat und Hilfe zu erbitten. Darunter befanden sich viele Arbeiter und Angehörte aus Petersburg, Kasan, Riga usw. Sie alle erzählten die nämliche traurige Erfahrung: sie waren von Unternehmern selbst oder auf Verlangen ihrer Kollegen gehenden Fußes entlassen worden, und die, denen dieses nicht geschehen war, trauten sich nicht mehr in ihre Wohnung, weil sie von den Nachbarn und Arbeitskollegen beschimpft und tätlich bedroht wurden. So steden Tausende von deutschen und österreichischen Arbeitern mit Weib und Kind in der Menschenfalle in Petersburg fest, ohne Obdach, ohne Geldmittel, ihrer Gabeligkeit beraubt, nur von Menschenhaß und Lohesfurcht begleitet. Und von ihren Klassenoffenen, von denen sie in den Tagen der Krüsal wohl Beistand erwarten durften, empfingen sie Flüche und Schimpfereien.

Wir geben diese Schilderungen eines zuverlässigen Augenzeugen wieder, nicht um die von streupelosen Kriegsherrn fanatisierten Arbeiter anzulügen, sondern um die immer noch vorhandenen Verhältnisse über die wirkliche Stellung der als besonders revolutionär gezeichneten Bergarbeiter zu beleuchten. Es steht fest, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland viel weniger vom Kriegsausbruch erregt wurde als ihre russischen Klassengenossen, was in Anbetracht der beispielhaften Bildungs- und Organisationsverhältnisse nicht wundern kann.

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beste Nr. 1-Grube I. Hier wurden am 28. Januar acht Arbeiter mit je 2 M. in Strafe genommen, weil sie in der elektrischen Streckenförderung angetroffen wurden, wo die Leitung noch in Spannung war. Das erweckt den Anschein, als liege die Verwaltung von größter Wichtigkeit. Bei näherer Betrachtung aber liegt die Sache ganz anders aus. Wer z. B. morgens mit dem Schichtlorenz anfährt, wird finden, daß die vollen Kohlenwagen auf den oberen Strecken aufgeschoben werden, während auf den unteren Stiegen sich die Arbeiter nach befinden. Zu der Förderstraße gelangen, findet er die elektrifizierte Leitung eingeleitet und die Maschinen fahren, also unter Spannung. Während Minuten aber werden erforderlich, die die Strecke zurückzulegen. Mittags aber werden vor 2 Uhr kein der Strom ausgeschaltet und daselbst wiederholt sich. Hier hält es also nicht so genau.

Beste Nr. 2-Grube II. Zu der Verächtlichkeit dieser Beste in Nr. 5 unserer Zeitung schreibt uns unser Gewährsmann: Es mag sein, daß die Löhne seit Kriegsausbruch gestiegen sind, wenn der erste Kriegsmonat ausgefallen wird. In diesem Monat sind die Löhne im allgemeinen gefallen. Aber es bliebe da doch festzustellen, ob die eingetretene Lohnerhöhung nicht eine Folge der erhöhten Leistung der Arbeiter ist. In diesem Fall müßte die Abnahme der Löhne und Gebühre auch in Einzelfällen sehr peinlich wirken. Es mag sein, daß nicht allen Arbeitern ohne Ausnahme abgezogen wurde. Tatsache ist aber, daß Arbeiter das Gehälte gekürzt wurde, die im Monat November 6,18 M. verdient hatten und dann bei dem gekürzten Gehälte nur eben 5 M. im Monat Dezember verdienten. Wenn der Herr Bergamtsrat keine Sparspalterei treiben wollte, müßte er es selbst zugeben, vorausgesetzt, daß ihm die Verhältnisse bekannt sind. Tatsache ist auch, daß in den drei Monaten fast allgemein die Gehälte gekürzt wurden. Was will es denn besagen, wenn einzelne Betriebspunkte, vor denen schon ohnehin nichts verdient wurde, davon verschont blieben. Die Arbeiter wünschen allgemein, mehr wie acht Wagen Kohlen jährlich zu erhalten, ohne daß sie erst besonders darum bitten müssen. Jeder Mensch weiß, daß mit einem solch kleinen Quantum nicht auszukommen ist. Ferner wird viel Klage darüber geführt, daß beim Schichtwechsel und ganz besonders Sonntag morgens das Badewasser und überhaupt die Waschanlagen zu kalt oder auch allzu heiß ist. Bei einigermaßen gutem Willen läßt sich doch die richtige Temperatur herstellen, damit die Arbeiter nicht unnötigerweise gesundheitlich geschädigt werden.

Beste Nr. 1, II, III u. IV (Zedern). Ein Kriegsliebesdienst, der bei der Arbeiter-Lohn III Anfang findet, ist auf diesen Schichtanlagen eingeführt. Nach Beginn des Krieges wurde zunächst jedem Arbeiter durchschnittlich ein Schichtverdienst monatlich vom Lohne in Abzug gebracht. Es fand dann eine sehr gut besuchte Belegschaftsversammlung statt, in der für jede Schichtanlage ein besonderer Ausschuss gewählt wurde. Diese Ausschüsse sollten dahin wirken, daß kein Schichtverdienst generell in Abzug gebracht werden sollte, sondern die Belegschaftsmitglieder wollten durchschnittlich 2 Proz. vom Monatsverdienst abgeben. Diejenigen Belegschaftsmitglieder aber, die durch Krankheit oder sonstige Umstände in schlechter Lage waren, sollten überhaupt davon entbunden sein. Ferner sollten die Ausschüsse dafür sorgen, daß das den Belegschaftsmitgliedern einbehaltene Geld auch wirklich direkt den Familien ausgezahlt werden sollte, deren Ernährer Kriegsdienst leisten. Als die in der Versammlung gewählten Ausschussmitglieder bei den Verwaltungen vorstellig wurden, wurde ihnen bedeutet, daß sie nicht anerkannt würden, sondern zur Erledigung dieser Aufgaben nur Arbeiterauschussmitglieder herangezogen würden. Ein Schichtverdienst wird jetzt nach der Versammlung im allgemeinen nicht mehr in Abzug gebracht. Aber es wird noch Arbeitern Geld einbehalten, die mit jedem Pfennig in ihrem Haushalt wegen Krankheiten usw. zu rechnen haben und daher auch nichts zahlen wollten. Auch wird das Geld immer noch nicht den Familien der Kriegsteilnehmer ausgezahlt, sondern den Städten und Gemeinden. Das, was die Arbeiter auf diesen Schichtanlagen zur Unterhaltung der Familien der Kriegsteilnehmer zahlen, ist weiter nichts, wie eine direkte Konsumsteuer, zu deren Erhebung niemand ein Recht hat. Die Familien sind aber nicht besser gestellt, als wenn die Arbeiter überhaupt nichts zahlten, nur der Gemeindefiskus wird entlastet zugunsten der besser situierten Steuerzahler. Zum Vergleich der Gemeindefiskus sind doch schließlich nicht allein die Bergarbeiter vorhanden und darum muß gegen dieses willkürliche Verfahren Einspruch erhoben werden. Es ist die höchste Zeit, daß den Familien der Kriegsteilnehmer die Beiträge ausbezahlt werden, denn nur für diese sind die Gelder bestimmt, nicht zur Entlastung des Gemeindefiskus zugunsten der besser situierten Steuerzahler. Was auf allen anderen in der Umgegend liegenden Werken geschieht, muß auch hier möglich sein.

Beste Weinabfahranstalt. Die Verwaltung dieser Beste bewilligt dem Fuhrunternehmer Eckardt einen Höchstpreis für das Fahren der Deputatlohn, obwohl der Arbeiterauschuss damit nicht einverstanden war. Allerdings wurden andere Unternehmer gefragt, ob sie für den alten Preis fahren wollten. Als sich aber zwei Unternehmer dazu bereit erklärten, wurde gesagt, sie seien nicht leistungs- oder erhaltensfähig genug. Die Arbeiter glauben das nicht und sind der Meinung, daß denjenigen Unternehmern das Fahren der Deputatlohn übertragen werden sollte, welche den billigsten Preis fordern. Woher nimmt die Verwaltung übrigens das Recht, einem Unternehmer so günstige Bedingungen zu stellen auf Kosten der Belegschaft? Ein Beamter soll dem Ausschuss gegenüber von allen verbrieften Rechten gesprochen haben. Welcher Art sind diese verbrieften Rechte? Einem Unternehmer ist vor einiger Zeit gesagt worden, wenn er nicht für den Preis fahren könnte, wären andere da. Warum werden diese anderen nicht genommen? Den Arbeitern wurde die Lohnforderung abgelehnt, der Inspektor soll dem Arbeiterauschuss sogar erklärt haben, er habe bei seiner Befragung nicht einen Kumpel gesehen, der nur etwas schickte. Mit solchen Scherzen ist den Gewerkschaftern und Beschauern, die je 4,20 M. und 4,50 M. verdienen haben, nicht geholfen. Diese Löhne müßten unbedingt erhöht werden, da es einer Familie nicht möglich ist, ihre Bedürfnisse damit ausreichend zu bestreiten.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Anzulängliche Brotationen.

Nach der leider viel zu spät erfolgten Beschlagnahme des Brotgetreides sind nun auch die Brotationen festgesetzt worden. In Westfalen erhalten die über fünf Jahre alten Personen täglich 1/2 Pfund, die jüngeren 1/4 Pfund Brot. Das ist für Leute, die schwere körperliche Arbeit verrichten müssen, zu wenig. Erst recht für Bergleute, die während der Schichtzeit lediglich an Brot und Wasser angewiesen sind. Arbeiter, die über Tage beschäftigt sind, können sich Essen mitbringen oder nachbringen lassen als Ersatz für Futterbrot. Das können die unter Tage beschäftigten Bergarbeiter nicht und darum wird es ihnen auch nicht möglich sein, mit einem halben Pfund Brot täglich auszukommen. Bei einfacher Schicht nimmt ein Bergmann schon durchschnittlich drei und mehr doppelte Butterbrote mit, bei 1 1/2 oder Doppeltschicht entsprechend mehr. Das sind durchschnittlich etwa 1/2 bis 1 1/2 Pfund Brot täglich, die ein Bergmann lediglich während seiner Schichtzeit verbraucht. Und da gibt es auch kaum einen geeigneten Ersatz, wenn die Begeben sich nicht entschließen wollen, die Vergleute während der Schichtzeit zum Essen auszuführen oder „Gulaschputzen“ in die einzelnen Steigerreviere fahren zu lassen. Das wird sich aber nicht leicht ermöglichen lassen. Ein Ausweg muß aber gefunden werden, wenn nicht die Gefahr entstehen soll, daß sich die Kräfte der Vergleute vorzeitig erschöpfen, was ich die wichtigsten Aufgaben des Bergbaues während des Krieges in Frage gestellt werden. — Wie wir hören, wird

unser Ansicht auch von den maßgebenden Stellen geteilt und sollen die Arbeiter der Bergwerks- und Schwerindustrie täglich ein Pfund Brot erhalten.

Auffallende Erscheinungen.

Am Sonntag, den 31. Januar, sprach Kamerad Sachse in einer vom Oberhaufen der Gewerkschaftsarbeit überufenen Versammlung, die gut besucht war, über: „Der Krieg und die Gewerkschaften.“ Der Redner besprach in seinem mehr als 1 1/2 stündigen Vortrag hauptsächlich die durch den Krieg sehr kritisch gewordenen Wirtschaftsverhältnisse für die Kriegsfamilien, Steigen der Lebensmittelpreise und Lebensbedingungen (namentlich im Bergbau), Verschärfung der Arbeitslosen während und nach dem Kriege, Ausbreitung des Verfalls, unbedingter Arbeiterbeschäftigung, Versorgung mit ausreichenden, nicht zu teuren Lebensmitteln, und betonte nachdrücklich die entscheidende Bedeutung beruflicher Gewerkschaftsorganisationen, auf die es bei der Neugestaltung der Verhältnisse ankomme, wenn die Arbeiterbewegung zu ihrem Rechte kommen sollte.

Natürlich behandelte Redner auch die mit den Kriegereignissen eng zusammenhängenden, die Arbeiterbewegung direkt angehenden Fragen der inneren und äußeren Politik. Nur über diese Teile der Rede, nicht aber über die sozialpolitischen, scharf kritischen Ausführungen Sachses hat ein bürgerlicher Journalist für die „Mittelrheinische Zeitung“ oben berichtet. Er hat, wie wir das ja von dieser Seite gewohnt sind, eben nur die Spitze aus Sachses Rede herausgeholt und zusammengestellt, die sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August und am 2. Dezember und der an ihr geübten „parteipolitischen Kritik“ beschäftigt. Da Sachse als Reichstagsmitglied direkt durch diese teilweise ganz unklare und abfälligen Angriffe mit angegriffen ist, hat er sich dagegen energisch gemehrt und seinen Standpunkt begründet.

Gegen diese Ausführungen wendet sich die in Duisburg erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 27) in einer Weise, die allzu deutlich eine Vereingemessenheit gegen Sachse erkennen läßt. Wir gehen darauf „aus bekannten Gründen“ nicht ein, das kann später kommen. Auffallend ist, daß die „Arbeiter-Zeitung“ dem Kameraden Sachse von Vorwurf macht, er habe „parteipolitische und parteitaktische Fragen“ in einer Gewerkschaftsversammlung behandelt, während sie vor eine Parteiverammlung gehörte. Wo bleibt denn da der uns immer wieder als einzig richtig angepriesene Befehl: „Partei und Gewerkschaft sind eins!“ Wenn wir unzählige Male anriet, eine solche Vermengung im Interesse beider Gruppen nicht vorzunehmen, dann ist uns von der Seite, der auch der Chefredakteur der Duisburger „Arbeiter-Zeitung“ angehört, der Vorwurf gemacht worden, wir seien „Neutralitätsbrecher“. Wir könnten reihenweise die Zitate anführen, wo sich parteipolitische Versammlungen und Kongresse mit zweifellos gewerkschaftlichen Angelegenheiten beschäftigten, ja es sind dort sogar Beschlüsse gefaßt worden, deren Ausführung hauptsächlich den Gewerkschaften obliegen sollte. Das ist von jener Seite, die jetzt auf einmal parteipolitische Erörterungen lediglich für die Parteiverammlung reservieren will, ganz „ordnungsgemäß“ befunden worden. Jetzt aber, wo Differenzen zwischen Gewerkschaftsvertretern und einer Gruppe von Parteifunktionären entstanden sind, wird ein Gewerkschaftsvertreter vor Partei, weil er nach dem von uns bekämpften Befehl: „Partei und Gewerkschaften sind eins“ handelt. Das ist doch eine sehr auffallende Erscheinung.

Unser Kamerad Sachse hat die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als Mitangelegener erläutert und ist dabei den Angriffen energisch in die Parade gefahren. Die Duisburger „Arbeiter-Zeitung“ soll aber nur ja nicht so tun, als ob Sachse und der Versammlungsleiter, Kamerad Ursula, sozusagen den Streit vom Zaune gebrochen hätten. Die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ weiß recht gut, daß Sachse seiner Zurückweisungen an die Adresse etlicher Leute richtete, die bereits seit Monaten im Duisburger Kreise nicht nur die Haltung der Reichstagsfraktion unermüdlich, wenn auch meist nichtöffentlich, bekämpfen — das Recht hat jeder —, sondern ihr auch ehrenrührige Gründe unterstellten! Darauf kommt es eben an. Vor Monaten schon haben uns Kameraden aus dem Duisburger-Oberhaufenen Kreise über dieses vergiftende Treiben eingehende Mitteilungen gemacht. Sachse hat in seiner Rede diese ehrenrührigen Unterstellungen ziemlich klar angedeutet. Unser Kamerad hat also als direkt Mitangelegener monatelang gewartet, bevor er sich seiner Droht wehrte. Und nur möchte man ihn gar wohl noch als „Angreifer“ hinstellen. Wirklich sehr auffallend.

Auf jenen Sonntag haben übrigens die Redakteure Otto Niebuhr (Eberfeld) und Heinrich Limbergh (Essen) im Verbandsbezirk der Duisburger „Arbeiter-Zeitung“ in Parteiverammlung dasselbe Thema wie Sachse behandelt und beide haben die Kreditbewilligung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als richtig und im gegebenen Moment für notwendig nachgewiesen. Beide Redner erhielten wie Sachse von den Versammlungsteilnehmern fast ausnahmslos Zustimmung. Würden die Kollegen Niebuhr und Limbergh wie Sachse auch persönlich durch die gegenwärtigen Treibereien getroffen worden sein, so würden sie sich das Recht der Abwehr nicht nehmen lassen. Die Kernfrage ist: Wer mit persönlichen Verdächtigungen der Reichstagsfraktion zu nahe tritt, ganz gleich ob in Versammlungen oder in Kontakten, der reizt die Verdächtigen zu scharfen Entgegnungen und darf sich nicht, wie es in der Duisburger „Arbeiter-Zeitung“ nun geschieht, als Unschuldsmann gebären und dann noch mit hämischen Grinsen um das Eingeständnis des ehrlichen Arbeitervertretern angehenen Unrechts herumzudrücken versuchen.

Eine auffallende Erscheinung ist es auch, daß die „Arbeiter-Ztg.“ zur Herabsetzung Sachses eine Anleihe bei der — Zentrumsezeitung in Oberhausen macht! Was derartige Blätter heute über „Unfehl“, „Anerkennung der bürgerlichen Politik“ und dergleichen mehr schreiben, kann doch ein sozialistisch gefärbter Journalist leicht abfertigen. Er braucht dazu nur an die sehr häufigen Oppositionsreden der älteren Zentrumsführer über den „sozialistischen Moloch“ „Militarismus“ und an die Ablehnung von Heresforderungen durch die Zentrumspartei zu erinnern. Früher hat das auch die Duisburger „Arbeiter-Zeitung“ trefflich gemacht. Nun aber, wo es ihr darauf ankommt, unseren Kameraden Sachse, der die Haltung seiner Reichstagskollegen aus der gegebenen Situation erklärte, zu berunglimpfen, da nimmt die Duisburger „Arbeiter-Zeitung“ die nur für den Tagesbedarf besonders aufgezupften, sonst aber altertümlichen Bemerkungen eines Zentrumslates über „Wandlungen der Sozialdemokratie“ zur Hilfe, um einen um die Wahrung der Arbeiter- und Volksinteressen seit Jahrzehnten bemühten Mann wie Sachse als einen sagen wir mal „hinreichend Verdächtigen“ zu charakterisieren. Das stimmt mit ganz überein mit den erwähnten, gegen die Vertrauenswürdigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gerichteten „vertraulichen“ Treibereien, die natürlich „im Interesse der Arbeiterklasse“ obendrein liegen sollen.

Wehr zu jagen, halten wir gegenwärtig nicht für notwendig. Nach Rückkehr normaler Zeiten“, schreibt das Blatt, „werden wir... Sachse durch Sachse und seine Freunde schlagen.“ Und wir werden dann „Minister durch Minister und seine Freunde schlagen.“ Dabei wird sich auch herausstellen, auf welcher Seite man sich getreu den vor dem Kriege gehaltenen Predigten gehalten hat.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Sind Vorwurfsheine und Fördermarken Urkunden?

Eine kleine Lohnzahlungsdifferenz brachte den Bergarbeiter Schorch aus Groß-Beuna bei Merseburg unter der schweren Last der Wehrtrug und der Urkundenfälschung vor die Strafkammer in Halle. Glücklicherweise nahm das Gericht aber einen recht verständigen Standpunkt ein, so daß Sch. vor der aus der Anklage drohenden harten Strafe bewahrt blieb. Schorch, der auf einem Braunkohlenwerk in Groß-Beuna beschäftigt war, hatte im April vorigen Jahres eines Tages um einen Vorzug von 20 Mark gebeten, der ihm auch bewilligt wurde. Auf dem ihm übergebenen Anweisungsschein für die Kasse unterzeichnet er den Schein, der gleichzeitig als Quittung gelten sollte. An der Kasse wurde die Ueänderung aber sofort bemerkt. Schorch wurde festgenommen und auch nach Merseburg in Untersuchungshaft gebracht. Es stellte sich infolge einer Anzeige von Kameraden in Verhör dann noch heraus, daß der Festgenommene am gleichen Tage von drei gefüllten Förderwagen die Marke seiner Kameraden abgenommen und seine eigenen Marken drangehängt hatte, um so ganze 30 M. mehr Lohn zu bekommen. Die ab-

gehängten Marken der Kameraden warf Sch. auf die Wagenladung, so daß sie beim Umkippen verschwinden mußten. Wegen dieser letzten Delikt war Anklage wegen Diebstahls der Marken erhoben worden. Im übrigen sah der Staatsanwalt in den Marken, die am Förderwagen gehängt sind, Urkunden, und stellte sowohl das Umhängen der Marken wie auch die Ueänderung der Vorwurfsheine als Urkundenfälschung und Betrug unter Anklage. Das Gericht machte den Angeklagten noch darauf aufmerksam, daß er vielleicht auch wegen Verächtlichmachung von Urkunden — nämlich der Marken — bestraft werden könnte. Der Angeklagte wollte das Umhängen der Marken damit entschuldigen, daß ihm am Tage vorher auch welche verkauft waren und er nur wieder zu seinem Recht kommen wollte. In der Beweisaufnahme stellte sich dann heraus, daß Schorch bei der Grube noch 48 M. Lohn fest hatte und ansichtslos auch mehr der 20 M. Vorzug bekommen haben würde, wenn er darum angehalten hätte. Der Staatsanwalt beantragte aber, da offenbar Urkunden gefälscht seien, drei Monate Gefängnis. Die Anklage wegen des Vorwurfsheins, sofern er fallen, da die Tat nicht um eines neuen Vorwurfs willen, sondern nur zur Verdeckung der Fälschung begangen wurde. Das Gericht veränderte nach sehr langer Beratung, daß die Ueänderung der Zahl 20 in 25 nicht als Urkundenfälschung angesehen werden könnte, da die Anweisung keine Urkunde sei, sondern erst durch die Unterschrift als Quittung zur Urkunde werde. Die Ueänderung sei aber vor dem Unterschreiben vorgenommen worden. Auch verführter Betrag liege nicht vor, da der Angeklagte ja mehr als 25 M., nämlich 48 M., fest hatte. Die Marken an den Förderwagen habe das Gericht nicht als Urkunden ansehen können und deshalb auch in dem Verurteilten keine Urkundenfälschung, sondern nur ein einfaches Ueändern gesehen. Da es sich hierbel nur um einen kleinen Betrag handelt, ist eine Woche Gefängnis als ausreichende Strafe erachtet worden.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 7. Woche (vom 7. bis 13. Februar 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, mit pünktlicher Zahlung der Beiträge beizugehen zu sein.

Rechtsschutz betreffend.

Gamun a. d. Ruppe. Nachdem schon vor geraumer Zeit der Arbeitersekretär Emil Weder und jetzt der Bezirksleiter Nikolaus Osterroth zum Kriegsdienst einberufen worden sind, mußte eine anderweitige Regelung des Rechtsschutzes vorgenommen werden. Vom Montag, den 24. Januar, ab wird der Rechtsschutz in Gamun nur noch an einem Tage in der Woche und zwar jeden Montag, vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr, im Rechtsschutzbureau, Hofstraße 23, erteilt. In Gamun jeden Dienstag im Lokale des Herrn Bräutigam, vormittags von 9 bis 12 Uhr, und in Unna wie bisher, jeden Dienstag von 4 bis 7 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Bachmann. Es liegt im eigenen Interesse der Rechtsschutzsuchenden, nur an diesen Tagen vorzusprechen, da sonst der Weg umsonst gemacht wird.

Bezirk Oberhausen. Nachdem am 4. Februar der Arbeitersekretär Anton Duncker-Sauborn zum Kriegsdienst eingezogen wurde, hat sich eine anderweitige Regelung der Rechtsschutzerteilung im Bezirk Oberhausen notwendig gemacht. Rechtsschutz wird erteilt: in Hamm noch am Montag, Mittwoch und Samstag, in Oberhausen am Dienstag, Donnerstag und Freitag. An diesen Tagen finden die Sprechstunden wie bisher statt. Es liegt im eigenen Interesse der Rechtsschutzsuchenden, nur an diesen Tagen vorzusprechen, da sonst der Weg umsonst gemacht wird.

Bezirk Metzinghausen. Das Arbeitersekretariat in Metzinghausen ist ab 1. Februar nur noch Donnerstag und Freitag, vormittags von 9 bis 12 Uhr, sowie Samstag, vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, geöffnet. In anderen Tagen und Zeiten ist das Sekretariat geschlossen. Es liegt im eigenen Interesse der Rechtsschutzsuchenden, nur an diesen Tagen vorzusprechen, da sonst der Weg umsonst gemacht wird.

Bücherverleihen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:
Deufen. Vom 8. bis 25. Februar.
Schönebeck. Vom 14. bis 28. Februar.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:
Ahlen i. W. Beim Kassierer Fritz Müller, Hahnenweg 33.

Für den Unterstützungs fonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein:

- a) In bar: Zahlstelle Margloh III (Bez. Oberhausen) 13,40, Aldenrade (Bez. Oberhausen) 5,—, Meiderich I (Bez. Oberhausen) 14,99, Haffel (Bez. Gladbeck) 3,50, Herlitz (Bez. Metzinghausen) 16,54, Süls (Bez. Metzinghausen) 40,—, Haltern (Bez. Metzinghausen) 80,—, Schriechenburg (Bez. Metzinghausen) 5,—, Walsum (Bez. Oberhausen) 3,75, Hahnenhausen I (Bez. Unna) 13,—, Wojcietek-Cassel (Bez. Gladbeck) 4,50, Zahlstelle Wibelstirchen (Bez. Saarabien) 840, Briewig 5,—, Marl.
- b) In bar auf Sammelisten: Meier, Liste Nr. 387: 4,—, Nr. 388: 1,—, Nr. 422: 17,—, Graf, Liste Nr. 1803: 12,—, Nr. 1804: 7,50, Nr. 1805: 17,—, Nr. 1806: 8,50, Nr. 1807: 10,50, Nr. 1808: 23,50, Nr. 1809: 2,50, Nr. 1810: 6,—, Nr. 1811: 13,—, Nr. 1812: 20,—, Nr. 1813: 2,—, Nr. 1814: 11,50, Nr. 1815: 14,00, Gernies, Liste Nr. 431: 29,15, Nr. 432: 17,05, Nr. 434: 11,45, Nr. 442: 12,25, Nr. 451: 2,50, Nr. 461: 18,—, Nr. 471: 9,50, Brodhaus, Liste Nr. 325: 3,—, Nr. 328: 1,—, Nr. 348: 7,20, Nr. 339: 19,25, Nr. 341: 17,60, Nr. 326: 4,—, Meier, Liste Nr. 415: 12,—, Gellerich, Liste Nr. 1465: 4,30, Nr. 1471: 9,—, Nr. 1472: 9,—, Briewig, Nr. 1147: 1,—, Marl.
- c) Für Festkarten: Karte 10,20, Gernies 20,70 M.
- d) Freiwillige Beiträge von Knappschaftsältesten: Weiz-Gelstirchen 20,—, Marl.

Sterbetafel

Zum Monat Januar sind folgende Verbandsmitglieder gestorben:
Wilhelm Tillmann, Meiderich II.
Geir. Dürrenberg, Müls-Heßen.
Jakob Turowski, Lütgendortmund.
Reinhard Küller, Kirchlinde.
Heinrich Köllmer, Bochum I.
Max Menzel, Bitterfeld.
Gustav Gierst, Witten.
Johann Schreiber, Wesselnkirchen III.
Gustav Kropat, Wesselnkirchen III.
Gustav Zapotek, Marien.
Fritz Ahms, Stappenberg.
Fritz Schachtmeister, Hörde.
Emil Nille, Gelsbra.
Heinrich Schindler, Haffel.
Otto Werner, Gollberg (Sa.).
Simon Smaragof, Zabozze II.
Johann Balf, Bochum VIII.
Fermann Terjung, Mülheim I.
Franz Klimech, Penzberg.
Wilhelm Käfer, Witz-Naaf.
Fritz Hiermann, Brechten.
Wilhelm Böhl, Waldenburg.
Germann Deparade, Beil.
Germann Wege, Bortrau I.
Sugo Ahlmann, Beckau.
Karl Weininghaus, Eisinghofen.
Ernst Hölzel, Heffrich (Wassf.).
Karl Gröbebach, Neurode.
Paul Kubitz, Myslowitz.
Friedrich Simiankowitz, Karnay.
Friedrich Bachmann, Mosel (Sa.).
Guth. Schild, Staßfurt.
August Theel, Dahlfhausen II.
Richard Schmalz, Altenbügge.
Martin Petrovski, Altesse II.
Karl Lüse, Lacc.
Georg Dvorak, Domb.
August Seibel, Neufahrbrunn.
Dewald Jech, Hohenmüllern.
Friedr. Saurfried, Langendroer I.
Georg Pfingsten, Ebing.
Simon Leber, Weußen.
Heinrich Teuber, Neurode.
Ignaz Schrag, Weßmar.
Franz Gace, Stappenberg.
August Jänichen, Deußen I.

Wie werden das Andenken der Verstorbenen in Ehren halten!